



Abstimmung vom 25.09.2016: Volksinitiative "Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)"

Bei der Abstimmung zur Volksinitiative für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft geht es um den Entscheid, inwiefern der Umweltschutz und der Ressourcenverbrauch in der Verfassung mit klaren Zielen geregelt sein soll.

Ziel der Vorlage

Ziel ist die Etablierung einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft, wodurch der ökologische Fussabdruck der Schweiz verringert wird.

Ausgangslage

Der Umweltschutz ist in Artikel 74 der Bundesverfassung verankert. Umgesetzt wird diese Aufgabe durch das Umweltgesetz. Das Umweltgesetz des Bundes funktioniert nach dem Verursacherprinzip, wonach Akteure, die für eine Umweltbelastung verantwortlich sind, auch dafür aufkommen sollen. Das Gesetz regelt die Ansprüche von Lebensräumen, spezifischen Verunreinigungen in Gewässern sowie Land und Luft, jedoch wird das wirtschaftliche Umweltbewusstsein nicht geregelt.

Zurzeit verbraucht die Schweiz auf die gesamte Weltbevölkerung hochgerechnet die Ressourcen von 2.8 Planeten. Damit befindet sie sich im Durchschnitt der Westeuropäischen Länder.

Was wird geändert

Durch die veränderte Übergangsbestimmung zum Verfassungsartikel soll der Ressourcenverbrauch bis 2050 um 65% vermindert werden. Die Schweiz soll ihren Ressourcenverbrauch, also den „ökologischen Fussabdruck“, auf ein Niveau senken,

welches hochgerechnet auf die ganze Weltbevölkerung nur die bestehenden Ressourcen unseres Planeten benützt. Dies entspreche dem 1,5-2°C-Ziel des internationalen Pariser Klimaabkommen. Es soll eine geschlossene Kreislaufwirtschaft entstehen.

Spezifisch soll die Veränderung durch „mittel- und langfristige Ziele“ erreicht werden, welche vom Bundesrat erlassen werden. Konkret erhielt der Bundesrat neue Kompetenzen. Zum Beispiel die Förderung und Weiterentwicklung von Produkten und Innovationsprozessen, welche die Ressourceneffizienz in Unternehmen vorantreiben, oder die Festlegung von Importstandards für „saubere Importe“, um die Umweltbelastung auch im Ausland zu reduzieren. Ebenfalls könnte er Vorschriften für Produktionsprozesse, Produkte und Abfälle sowie für das öffentliche Beschaffungswesen (siehe Einfach Erklärt) erlassen. Zusätzlich erhielt er eine umfassende Kompetenz zum Erlassen ökologischer Steuern und Lenkungsabgaben.

Es sollen explizite und messbare Zwischenziele gelten, wobei die Massnahmen nur im Falle des Verfehlens der mittel- bis langfristigen Zwischenziele verstärkt werden.

Auswirkungen

Durch den Verfassungsartikel für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft wird das Umweltgesetz, das derzeit in Kraft ist, auf Verfassungsebene massiv verschärft.

Um die Initiative umzusetzen, müssten zusätzliche Massnahmen erlassen werden. Die Auswirkungen der Initiative hängen entscheiden von der Ausgestaltung dieser Massnahmen

Zusammenfassung

Ziel der Initiative

Ziel ist eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft, wodurch der ökologische Fussabdruck der Schweiz verringert wird.

Wichtigste Änderungen

Die Übergangsbestimmung zu Art. 94a mit dem Ziel, den Ressourcenverbrauch der Schweiz bis zum Jahr 2050 um 65% zu senken, wird geändert. Der Bund soll dies erreichen, indem er zusätzlichen Massnahmen im Bereich der Forschungsförderung, neue Produktions- und Verkaufsvorschriften, sowie positive Steueranreize und zusätzlichen Steuern erlässt. Dafür erhält der Bundesrat neue Kompetenzen in den obengenannten Bereichen.

Argumente dafür

Das Ziel der Initiative ermögliche eine massive Reduktion des Verbrauchs von Ressourcen und der Belastungen im Ausland, schaffe neue Arbeitsplätze durch Innovation und Verlagerung ins Inland, und bringe mehr Information für Konsumenten.

Argumente gegen die Initiative

Der Artikel führe durch zusätzliche Massnahmen zur Überregulierung, gefährde mit Produktionsvorschriften die Leistungsfähigkeit und den Wettbewerb am Wirtschaftsstandort Schweiz. Zudem würden die Erlasse zu einem unkontrollierbaren Strukturwandel in Unternehmen und Gesell-

ab. Zu berücksichtigen wären unter anderem die Verpflichtungen der Schweiz im Bereich Handel gegenüber der EU, der WTO und Drittstaaten. Zum Beispiel könnte eine Beschränkung der Importe nach dem Kriterium der Umweltbelastung unter Umständen dem Nichtdiskriminierungsprinzip des GATT (siehe Einfach Erklärt) widersprechen.

Langfristig wird die Investition in Innovation und erneuerbare Energien laut der Prognose des Bundesrates den Wirtschafts- und Technologiestandort Schweiz stärken. Kurz- und mittelfristig ist damit zu rechnen, dass die Beschaffungs- und Produktionskosten der Schweizer Unternehmen steigen, da sie nur noch ressourcenschonende Technologien verwenden dürften. Ebenfalls ist zu erwarten, dass die Preise von ressourcenintensiven Gütern steigen werden oder wesentliche Änderungen in deren Konsumation nötig würden. Besonders betroffen wären laut Prognose des Bundes die Bereiche Ernährung, Wohnen und Mobilität, da sie die Umwelt am stärksten belasten.

Im Bereich Ernährung, müsste der Anteil der tierischen Produkt verringert und gleichzeitig der Anteil an regionalen und saisonalen Produkten erhöht werden.

Im Bereich Wohnen müsste eine höhere Energieeffizienz erreicht werden.

Schliesslich wäre es nötig, den Verbrauch fossiler Brennstoffe (z.B. Diesel und Benzin) massiv zu reduzieren. Es ist zu erwarten, dass Mobilität wesentlich teurer würde.

Generell ist zu erwarten, dass die Reduktion des „Fussabdruckes“ kurz- und mittelfristig auf Kosten von

Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ginge.

Argumente der Befürworter

Die Initianten betonen, dass dringender Handlungsbedarf bestehe den Umweltschutz auf Verfassungsebene neu zu regeln, da das aktuelle Umweltgesetz veraltet sei.

Langfristig nur Ressourcen einer Erde statt dreier Erden zu verbrauchen, sehen sie als logische Konsequenz der Ausbeutung der Natur und Ressourcen durch das Wirtschaften in den letzten Jahren. Zudem sei der internationale Rückhalt durch das Pariser Klimaabkommen sowie ähnliche Ziele verschiedener EU-Staaten gegeben.

Durch die Regulierung von Importe und Produktionsprozessen sowie der Förderung von ressourceneffizienten Produkten und Innovationsprozessen, besteht zudem die Möglichkeit die Belastung des Auslands durch den eigenen Konsum zu vermindern und im Inland neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Argumente der Gegner

Die Gegner der Initiative befürchten eine Überregulierung. Die Verbote von Konsum und Produktion gewisser Güter und die Umweltabgaben seien übertrieben.

Es wird betont, dass die Schweiz durch den starken Franken ohnehin schon einen schwierigen Stand als Wirtschaftsstandort habe und dass mehr Regulierungen diesen zusätzlich schaden würden. Ausserdem sei die Schweiz schon ein vorbildlicher Standort in Sachen Umweltbewusstsein und Ökologie und die Initiative

Einfach Erklärt

Ökologischer Fussabdruck

Der ökologische Fussabdruck ist ein Mass dafür, wie stark eine Person oder ein Land die Umwelt belastet. Es gibt verschiedene Methoden ihn zu berechnen. Die Grösse des Fussabdruckes bezeichnet die Fläche Land, welche nötig wäre, damit alle Personen auf der Welt gleich viel Ressourcen verbrauchen könnten wie die Person, zu welcher der Fussabdruck gehört. Z.B. würden alle Länder so viel Ressourcen verbrauchen wie die Schweiz, bräuchte es 2.8 Erden um diese zu produzieren und ihren Abfall aufzunehmen.

Öffentliches Beschaffungswesen

Das öffentliche Beschaffungswesen umfasst alle Einkäufe von Gütern und Dienstleistungen durch den Staat (d.h. Bund, Gemeinden und Kantone). In der Schweiz macht dies etwa 10% des BIP (Bruttoinlandsproduktes) aus.

General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)

Das GATT ist ein Vertrag zwischen 126 Staaten mit dem Ziel, Zölle und andere Handelshemmnisse zwischen ihnen nach und nach abzubauen. Die Schweiz trat dem GATT 1966 bei. Seit 1995 wacht die WTO mit Sitz in Genf über die Einhaltung des GATT.

eine Gefährdung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit.

Es dürfe kein unkontrollierter Strukturwandel für Unternehmen und Gesellschaft vollzogen werden, sondern es sollten die bereits getätigten Innovationen ohne Regulierungen weiter vorangetrieben werden und somit die marktwirtschaftliche Freiheit bewahrt bleiben.

Literaturverzeichnis:

- Pro-Komitee http://www.gruene.ch/gruene/de/kampagnen/gruene_wirtschaft.html,
https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/gruwi/pages/91/attachments/original/1467059930/160628_mk_gruene_wirtschaft_eraeuterungen_d.pdf?1467059930
- Empfehlung Bundesrat <https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=51986>
- Bundesamt für Umwelt <http://www.bafu.admin.ch/wirtschaft/11350/index.html?lang=de>
- Schweizerische Eidgenossenschaft, Bundesgesetz über den Umweltschutz <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19830267/index.html>
- Economie Suisse http://www.economiesuisse.ch/de/Gruene_Wirtschaft
- Dialogportal Grüne Wirtschaft https://www.gruenewirtschaft.admin.ch/grwi/de/home/Gruene_Wirtschaft_konkret/Wir-wollen-einen-Zielhorizont-geben.html
- Neue Zürcher Zeitung <http://www.nzz.ch/schweiz/bevormundende-volksinitiative-das-gruen-zu-dick-aufgetragen-ld.92426>,
<http://www.nzz.ch/schweiz/gruene-wirtschaft-vor-dem-aus-1.18655724>
- <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/03/01.html>
- <http://www.srf.ch/news/wirtschaft/wto-gatt-ttip-etc-ein-kompass-durch-den-kuerzeldschungel>